

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 300 A

BERLIN • Donnerstag, den 19. Januar 1933

2. JAHRGANG

# SA tritt an zum Bürgerkrieg.

### AUS DEM INHALT:

Heraus mit den Gefangenen.  
Judenpogrome der Nazis.  
Stalin über die Schwierigkeiten auf dem Lande.  
Der Mensch lebt nicht von Brot allein.

## Schulreaktion in Württemberg.

Von Hedwig Gutbrod.

Am 31. Dezember berichtete „Der Funke“, daß die württembergische sozialdemokratische Landtagsfraktion beim Staatsgerichtshof Klage gegen die württembergische Regierung erhoben hat, weil sie dieser das Recht abstreitet, die Durchführung des 8. Schuljahres auf dem Weg der Notverordnung bis auf weiteres zu verschieben, wie das die württembergische Regierung tat. Diese Nachricht setzte wohl manchen Leser in Erstaunen:

Wie ist es möglich, daß in Württemberg das 8. Schuljahr noch nicht durchgeführt ist?

1.rote Artikel 145 der Reichsverfassung, der die achtjährige Volksschule vorschreibt? — Ja, in Württemberg, dem Land der Kleinbauern und Kleinbürger, dem Land der Enge und des Konservatismus, dem Land, in dem die Kirche noch eine Macht darstellt und der Pietismus zuhause ist, dem Land mit dem Zentrums-Staatspräsidenten, mit der bürgerlich-bäuerlichen Regierung, dem deutschnationalen Kultusminister und der soliden bürgerlichen Lehrerschaft — in diesem Lande ist es möglich, daß

heute noch drei Viertel aller Schulorte ohne das 8. Schuljahr

sind. (Die Städte und einige Industrie-Landorte haben das 8. Schuljahr.)

1920 bestimmte ein Schulgesetz, daß im Frühjahr 1928 in allen Schulorten Württembergs das 8. Schuljahr eingeführt werden sollte. 1927 aber kam ein Aenderungsgesetz heraus, wonach zwar das Schulgesetz von 1920 „bestehen blieb“, für „einzelne Gemeinden“ aber die Möglichkeit gegeben wurde, sich vom Kultusministerium auf Grund eines Antrags des Gemeinderats den Zeitpunkt für die Durchführung des 8. Schuljahrs aus finanziellen oder andern Gründen verschieben zu lassen. Dieses Aenderungsgesetz tritt am 1. April 1933 außer Kraft.

Aus den „einzelnen Gemeinden“ wurden 1400, und wenn das Aenderungsgesetz außer Kraft tritt, dann tritt die neue Notverordnung an seine Stelle, nach der die Einführung des 8. Schuljahrs „bis auf weiteres“ verschoben wird, „soweit nicht ein Gemeinderat etwas anderes beschließt“. Diese Notverordnung ist weit schlimmer als das Aenderungsgesetz von 1927. Denn damals war das 8. Schuljahr wenigstens auf dem Papier noch Regelfall, heute ist es Ausnahme. Damals mußte eine Gemeinde, die es nicht einführen wollte, ein entsprechendes Gesuch einreichen, heute ist es umgekehrt: will eine Gemeinde das 8. Schuljahr einführen, so muß es der Gemeinderat beschließen; damals war die Hinausschiebung zeitlich beschränkt, heute hat man darauf verzichtet, auch nur festzusetzen, wann man sich mit der Frage wieder beschäftigen will.

Als Gründe für das Hinausschieben des 8. Schuljahrs gab die Regierung 1927 und gibt sie heute wieder an:

1. Die in Württemberg häufigen kleinbäuerlichen Betriebe brauchen die Kinder zur Mitarbeit;
2. die Gemeinden können die finanzielle Mehrbelastung nicht tragen.

Dieser Begründung fehlt jede Stützhaltigkeit, denn, wie der Württembergische Lehrerverein feststellte, nur eine ganz geringe Zahl der Schulentlassenen wird im elterlichen bäuerlichen Betrieb verwendet; die meisten suchen Lehrstellen oder verdrängen ältere Arbeiter von ihrem Platze. Weiter zeigt eine vom Württembergischen Lehrerverein aufgestellte Statistik, daß bei der großen Mehrzahl (92 Prozent) der in Frage kommenden Schulorte die Durchführung des 8. Schuljahrs keine wesentlichen Mehrkosten verursachen würde (keine weiteren Schulräume und Lehrerstellen). Es muß übrigens gesagt werden, daß die Regierung es gar nicht für wichtig hielt, sich die nötigen Unterlagen für ihre Begründung zu verschaffen; ja daß sie die alte Begründung wieder aufnahm, obwohl der Württembergische Lehrerverein ihr die Hin-

## Freche Provokation der Berliner SA.

Die Berliner SA plant für kommenden Sonntag einen Aufmarsch der SS und SA auf dem Bülowplatz „Front gegen das Karl-Liebknecht-Haus“. Dabei wollen Hitler und Goebbels die Parade abnehmen. Die „Rote Fahne“ ruft aus diesem Anlaß die Arbeiterschaft Berlins zum Schutz des Karl-Liebknecht-Hauses und zur Abwehr dieses Provokationsversuches auf.

Bedenklich erscheint uns vor allem die ungeheure Gefahr, daß bei dem provokatorischen Aufmarsch der Faschisten von Lockepitzeln Zwischenfälle provoziert werden, die ein Vorgehen oder eine Schließung des Karl-Liebknecht-Hauses ermöglichen sollen. Diese Gefahr ist umso größer als sich die Kommunisten derselben anscheinend noch gar nicht bewußt geworden sind. Wir verlangen von dem Berliner Polizeipräsidenten, daß er den offensichtlich einzig und allein zum Zwecke der Provokation auf dem Bülowplatz geplanten Aufmarsch der SA verbietet.

Andernfalls müßte angenommen werden, daß die Berliner Polizei die Hand mit im Spiel hat und derartige Provokationen mit all ihren möglichen Folgen wünscht!

Was würde beispielsweise geschehen, wenn die KP heute zu einer Demonstration in der Hedemannstraße „Front gegen die Goebbels-Filiale“ aufrufen würde? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Es ist notwendig, daß heute schon dies alles klar und deutlich von der Berliner Arbeiterschaft festgestellt wird, damit die Verantwortlichen sich nachher nicht herausreden können und zu ihren Taten stehen müssen.

Vor allem müssen sich aber auch die Genossen von der „Eisernen Front“ für die Abwehr dieser frechen Provokation der Berliner Faschisten einsetzen. Was heute auf dem Bülowplatz geschieht, kann morgen am Engelufer oder in der Lindenstraße passieren! Hier ist eine Gelegenheit, um eine ehrliche — und sei es auch nur eine befristete — gemeinsame antifaschistische Einheitsfront herzustellen! Arbeiter Berlins, erfüllt eure proletarische Pflicht!



## Chicago in Braunschweig.

Der dem „Stahlhelm“ angehörende Gemeindevorsteher Friedrichs in Sonnenberg wurde laut Mitteilung des Landesverbands Braunschweig des „Stahlhelm“ auf seinem Gehöft von uniformierten SS-Leuten überfallen und schwer verletzt, weil er sich gegen die Anmaßung der Polizeigewalt durch SS gewandt hatte.

Vergebens forderte die Frau des Ueberfallenen Hilfe bei der Braunschweiger Schutzpolizei an.

Wie die aufschlußreiche Erklärung des „Stahlhelm“ behauptet, wurde die Frau gefragt, welcher Partei die Täter angehörten; als sie darauf erwiderte, es handle sich um Nationalsozialisten, erhielt sie keine Hilfe! Die SS-Leute standen unter Befehl des Nazi-Landtagsabgeordneten Alpers.

Wenn der Vorgang sich nur einigermaßen so abgespielt hat, wie der „Stahlhelm“ ihn hier schildert, dann bleibt nur übrig, daß den verantwortlichen Polizeiinstanzen wegen Begünstigung schweren Landfriedensbruchs oder anderer Ver-

brechen der Prozeß gemacht wird; daß sie wenigstens, da ja eine Krähe der andern nicht die Augen aushackt, den Gerichten angezeigt werden, sodaß die Möglichkeit besteht, öffentlich solche Verhältnisse, mit denen Braunschweig z. B. an Chicago unbedingt heranreicht, zur Sprache zu bringen. Es hilft hier nicht der Einwand, daß ja solche Kerle bei der herrschenden Klassenjustiz höchstwahrscheinlich doch nicht bestraft werden würden. Es muß jedenfalls

wieder und wieder dieser Nachweis geführt werden, um auf diese Weise auch dem Gutgläubigsten die Augen zu öffnen über das Verbrecherische der bestehenden Gesellschaftsordnung.

Selbstverständlich muß bei solchem offenbaren Versagen der Polizei auch das Reich eintreten, das am 20. Juli so scharf gegen die preußische Regierung vorging, obwohl solche Zustände damals noch nicht in Preußen herrschten.

fülligkeit derselben durch Statistiken bewies. Die Gründe waren schon 1927 bloßer Schein und sind es heute erst recht. Die Sache ist keine finanzielle, sondern eine rein politische Angelegenheit. 1927 waren es

Machenschaften des Bauernbundes und des Zentrums,

daß so viele Gemeinden einen Antrag auf Hinausschiebung stellten, und heute stecken dieselben Mächte dahinter.

Die Notverordnung, die das 8. Schuljahr von neuem hinaus-schob, brachte zur Deckung des Fehlbetrags im laufenden Rechnungsjahr auch die Schlachtsteuer. Durch die Einführung der Schlachtsteuer fühlten sich die Bauern und Kleinbürger besonders hart betroffen. Sie stellen eine Macht dar, also muß man sie durch eine Gegengabe zufriedenstellen. Das 8. Schuljahr wurde der Schlachtsteuer als Schlachtopfer dargebracht. Die württembergischen Bauern und Kleinbürger sind befriedigt; sie haben erreicht, was sie erreichen wollten.

Zentrum und NSDAP lachen; denn was die Bauern und Kleinbürger sich hier erkämpften, ist das, was jene beiden Parteien für diese beiden Klassen erstreben! Dumme

brauchen sie, eine Herde,

die sich willig führen und ausbeuten läßt. Die Bauern sehen nicht, daß sie gegen ihr eigenes Wohl arbeiten, daß sie selber dafür sorgen, daß sie weiterhin die Dummen bleiben werden. Es ist Tatsache, daß

die Bauern zuvorderst in der Reihe stehen, wenn es gilt, gegen die Volksschule, also ihre eigene Schule, zu kämpfen,

statt, daß sie mit der Arbeiterschaft zusammen gingen und mit aller Macht für den Ausbau der Volksschule, für die Schule der Bauern und Arbeiter kämpften. Das Zentrum tat immer gegen das 8. Schuljahr, was in seiner Macht stand. Dahinter steckt nicht nur die Grundtendenz der katholischen

Kirche, sondern auch taktische Gründe: Das Zentrum muß den Meinungen und Wünschen der Bauern Rechnung tragen, damit diese nicht ins Lager des Bauernbundes übergehen; denn die Bauern in dem fast rein katholischen Oberschwaben stellen einen großen Teil der württembergischen Zentrums-Wähler. Die evangelische Kirche als solche schweigt zu der ganzen Angelegenheit. Die Landtagsfraktion des Christlichen Volksdienstes trat für das 8. Schuljahr ein.

Ein Wort noch zu der Stellung der NSDAP in dieser Sache: Der Finanzausschuß des württembergischen Landtags machte den Versuch, die Regierung in der Angelegenheit des 8. Schuljahrs vom Notverordnungswege abzubringen. Die Verhandlungen spitzten sich auf die Frage zu, ob die Regierung das Recht habe, die Hinausschiebung des 8. Schuljahrs — also die Außerkraftsetzung der Reichsverfassung — durch Notverordnung zu bestimmen. Ein sozialdemokratischer Antrag, der diese Frage verneinte, fand dank der Stimmenthaltung der Nazis nur Stimmengleichheit und damit Ablehnung. Die Nazis verweigerten ihre Stimme, „weil die Frage rechtlich nicht genügend geklärt sei“. Dabei hätte die NSDAP gerade durch Annahme des sozialdemokratischen Antrags Zeit und Gelegenheit schaffen können für die Klärung der Rechtsfrage. Seltsam, daß die NSDAP gerade in dieser Angelegenheit der Volksschule so starke „rechtliche“ Hemmungen hatte! Seltsam auch bei ihrer sonstigen „Volksfreundlichkeit“, daß sie sich nicht mit aller Macht für die Volksschule einsetzte. Dennoch gewinnt der rührige nationalsozialistische Lehrerbund neue Anhänger.

Die württembergische Lehrerschaft

trat immer für das 8. Schuljahr ein, besonders stark im Jahr 1927. Sie tat es aus Idealismus; die Durchführung des 8. Schuljahrs brächte ihr nur geringe Stellenvermehrung und

sonst nur Mehrbelastung des Einzelnen. Sie trat aus pädagogischen Gründen für das 8. Schuljahr ein. Weich und nachgiebig allordings, wie sie immer ist, den Weg der „goldenen Mitte“ beschreitend, forderte sie Durchführung des 8. Schuljahrs nur da, wo dies keine erhebliche Mehrbelastung verursache. Sie hoffte, daß das 8. Schuljahr im Frühjahr 1933 durchgeführt werde; sie zeigte durch Statistiken, daß die von der Regierung angeführten Hinderungsgründe hinfällig sind; sie betonte, daß die Durchführung des 8. Schuljahrs heute eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes und eine Verringerung des Arbeitslosenheeres bedeuten würde; sie pochte darauf, daß die Unterbringung der jungen Menschen im Arbeitsdienst höhere Kosten verursache als das 8. Schuljahr; sie berief sich auf die Klage der Berufsschulen darüber, daß der Bildungsunterschied zwischen den Stadt- und den Landschulen ihre Arbeit erschwere; sie forderte Angleichung des württembergischen Schulwesens an das der andern deutschen Länder. Sie hatte Besprechungen mit den Fraktionen des Landtags und fand eine Mehrheit für die Durchführung des 8. Schuljahrs, „wo es keine wesentliche Mehrkosten verursache“.

Da erschien die Notverordnung. Die Lehrerschaft ist enttäuscht. Und nun? — Wohl erschien in der „Württem-

bergischen Lehrerzeitung“ ein Aufsatz, in dem die Rede davon ist, daß die Lehrerschaft „durch eine solche Handlungsweise aufs schärfste radikalisiert und wieder in die Lager der grundsätzlichen und bedingungslosen Opposition geführt werde“ oder daß sie ihre „bisherige Stellungnahme in Fragen der Kirche und der Kirchengaben ändern müsse, wenn politische Vertreter der Kirche sich bei Angelegenheiten der Volksschule und Volksschulausgaben so verhielten wie bei der Angelegenheit des 8. Schuljahrs“. Wohl erschien ein solcher Artikel in der Lehrpresse, aber es folgte Schweigen. An Handeln dachte der Württembergische Lehrerverein nicht. (Dagegen schloß er vor einiger Zeit die Hauptführer der „Interessengemeinschaft oppositioneller Lehrer“, die im Bunde mit der proletarischen Elternschaft für die Interessen der Volksschule eintreten will und scharfe Kritik an der nachgiebigen Politik des Württembergischen Lehrervereins übt, aus dem Verein aus.)

Wann werden die Bauern begreifen, daß sie an die Seite der kämpfenden Arbeiter gehören? Und wann werden die Lehrer sich ihrer Verpflichtung für das Gelingen des Kampfes beider bewußt werden? Wann werden sie so handeln, wie es der Bedeutung der Arbeiterschaft für die Er kämpfung einer freien Schule entspricht?

## Stall über die Schwierigkeiten auf dem Lande.

Unter der Überschrift „Bolschewiki beseitigen alle Schwierigkeiten“ gibt die „Rote Fahne“ den Inhalt der zweiten Rede Stalins wieder, die er am 11. Januar auf der Tagung des Vereinigten Plenums des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der kommunistischen Partei Sowjet-Rußlands gehalten hat.

Stalin führt eine Reihe von Ursachen für die Schwierigkeiten der Arbeit auf dem Lande an. Die Hauptschwierigkeit sieht er darin, daß die Getreideaufbringung im letztvergangenen Jahr noch mangelhafter war als 1931, obwohl die Ernte besser ausgefallen ist als im Vorjahr. Worin sieht Stalin die Ursachen?

1) Statt mit allen Kräften die Getreideaufbringung zu verstärken und zu beschleunigen, haben die russischen Arbeiter die Bildung aller Arten von Fonds beschleunigt und dadurch die Zurückhaltung der Getreideaufbringung verstärkt. Der Volkskommissarenrat und das Zentralkomitee haben diese Lage rechtzeitig berücksichtigt, zum Beispiel in dem Beschluß, daß nur nach Abschluß der Getreideaufbringung der Kollektivwirtschaftshandel eröffnet werden kann. Der Kollektivwirtschaftshandel wurde eingeführt, um die Versorgung der Arbeiter mit landwirtschaftlichen Produkten und die der Bauern mit städtischen Erzeugnissen zu verbessern, um den Bauern eine zusätzliche Einnahmequelle zu geben und einen Anstoß für die Verbesserung der Arbeit. Die Tatsachen haben die Richtigkeit dieser Politik bestätigt, und die Mängel sind nur damit zu erklären, daß die Anweisungen nicht immer richtig durchgeführt wurden.

2) Die russischen Genossen verkennen die Bedeutung der Kollektivierung; der Sieg der Kollektivierung vermindert nicht die Verantwortung der Kommunisten auf dem Lande, sondern vergrößert sie.

3) Viele Genossen überschätzen die Kollektivwirtschaften und sehen nicht, daß diese in ihrem organisatorischen Aufbau noch schwach und gegen das Eindringen von konterrevolutionären Elementen nicht gesichert sind.

4) Viele Genossen verkennen die Arbeit der Kulaken, die vom offenen Angriff auf die Kollektivwirtschaften zur stillen Wühlarbeit übergegangen sind.

5) Die Verantwortung der Kommunisten auf dem Gebiet des Aufbaus der Kollektivwirtschaften und der Getreideaufbringung wird unterschätzt.

Stalin schloß seine Rede mit den Worten: „Kann man diese Mängel ausmerzen? Jawohl, unbedingt kann man es. Werden wir sie in der nächsten Zeit ausmerzen? Jawohl, unbedingt werden wir dies tun. Daran kann kein Zweifel bestehen. Ich meine, daß die politischen Abteilungen bei den Maschinen- und Traktorenstationen und auf den Sowjetgütern eines der entscheidendsten Mittel sind, mit deren Hilfe man diese Mängel in aller kürzester Frist beseitigen können wird.“

Also wieder Zwang, nachdem im Mai vorigen Jahres die Zügel etwas gelockert wurden gerade im Interesse der Getreideaufbringung?

Der in Stalins Rede angedeutete Beschluß, daß nur nach Abschluß der Getreideaufbringung Kollektivwirtschafts-

handel stattfinden darf, wurde von den Mitgliedern der Kollektive nicht eingehalten. Sie verkauften das Getreide zu hohen Preisen auf dem freien Markt, obwohl die „Getreideaufbringung“ noch nicht vollendet war. Ein deutlicher und verständlicher Zug nach wirtschaftlicher Freiheit! Der bei der Getreideaufbringung herrschende Mangel würde am schnellsten und sichersten beseitigt werden, wenn den russischen Bauern die Möglichkeit gegeben würde, ihr Getreide auf dem freien Markt zu verkaufen. Aber von einem solchen Schritt redet Stalin nicht. Die Aussicht ist weit größer, daß die russischen Genossen durch Verschärfung der Zwangsmaßnahmen die Getreideaufbringung sichern wollen.

So geht uns zum Beispiel eben eine Mitteilung zu, daß der Rat der Volkskommissare eine Verordnung über die Neuordnung des Handels in den Kollektivwirtschaften erlassen hat. In dieser Verordnung wird der Miliz vorgeschrieben, die Kontrolle über die Kollektiven-Märkte zu verschärfen, um sie gegen ein Eindringen sowjetfeindlicher Elemente und Spekulanten zu sichern. Auch soll die Miliz gegen jede Preissteigerung einschreiten und über solche Vorfälle den Behörden Bericht erstatten, damit die Kollektivwirtschaft sofort zur Verantwortung gezogen werden kann.

Die Gefahr einer Hungersnot in Rußland wächst unter diesen Umständen trotz aller bolschewistischen „Selbstkritik“. Es ist heute notwendiger denn je, den agrarpolitischen Ziok-zack-Kurs aufzugeben und sich auf den Weg einer freieren Agrarpolitik zu begeben. Leider läßt die Stalinsche Rede in dieser Beziehung keine Hoffnungen aufkommen.

## Zur Kontrolle der Produktion von Kriegsmaterial.

### Einsetzung eines Prüfungsausschusses in Frankreich.

Die französische Regierung hat einen Prüfungsausschuß eingesetzt, der Maßnahmen zur Kontrolle der Herstellung und des Handels mit Kriegsmaterial auszuarbeiten hat. Der Zweck dieser Untersuchung ist die Beschleunigung der Ausarbeitung eines Planes zur Regelung der Rüstungsindustrie in den einzelnen Staaten, der der Abrüstungskonferenz von seiten der französischen Regierung unterbreitet wird. Dem Ausschuß gehört, neben zahlreichen Generalen, auch Jouhaux, der Vorsitzende des CGT an.

Die französische Regierung hat folgende Erklärung über den Sonderausschuß herausgegeben:

„Die französische Regierung hat beschlossen, einen Sonderausschuß zu bilden, der seinen Sitz im Generalsekretariat des Obersten Landesverteidigungsrats haben soll und dem die Aufgabe zufällt, die Fragen der Herstellung von Kriegsmaterial und des Waffenhandels zu prüfen. Die Regierung ist der Auffassung, daß außerhalb des internationalen Abkommens die in Frankreich bestehende Regelung neu organisiert werden müsse. Der Ausschuß soll aber außerdem die Verhaltensmaßregeln ausarbeiten, die der französischen Abordnung auf der Abrüstungskonferenz zum Zweck einer Neu-

regelung der Abmachungen über Waffenherstellung und Waffenhandel erteilt werden sollen.

Den Vorsitz des Ausschusses führt der Unterstaatssekretär im Ministerpräsidium. Ihm gehören ferner an die Unterstaatssekretäre im Außenministerium, Luftfahrtministerium und Kriegsministerium sowie Vertreter der verschiedenen interessierten Dienstzweige und die Vertreter Frankreichs im Genfer Ausschuß für Waffenherstellung und Waffenhandel.

Der Ausschuß wird voraussichtlich am kommenden Donnerstag erstmalig zusammentreten.“

## Um die Philippinen.

Beide Washingtoner Parlamente haben sich jetzt, allen Warnungen Hoovers zum Trotz, für die Unabhängigkeit der Philippinen entschieden:

am Freitag das Repräsentantenhaus mit 274 gegen 94 Stimmen, am Dienstag der Senat, ebenfalls mit einer Zweidrittelmehrheit, wie sie zum Ueberstimmen des Vetos des Präsidenten erforderlich ist. Nach diesem Ergebnis müßte die Unabhängigkeitsvorlage Gesetz werden. Die Filipinos selber legen jedoch keinen Wert auf diese Unabhängigkeit; der Kongreß der Philippinen hat (bereits vor der Abstimmung im Washingtoner Senat) die Washingtoner Regierung benachrichtigt, daß er die Unabhängigkeitsvorlage ablehnen werde, weil sie wirtschaftlich ungenügend sei. Der Zugang zum amerikanischen Markt, der für die bedeutende Zucker- und Jute-Ausfuhr der Philippinen jetzt zollfrei offensteht, würde nämlich bei Inkraftsetzung der Unabhängigkeit mit Zollschranken verbaut werden. Aber „wat dem een sin Uhl, is dem annern sin Nachtigall“: die amerikanischen Repräsentanten und Senatoren möchten gerade die Zolleinnahme aus der Einfuhr philippinischer Zuckers und philippinischer Jute nach den USA nicht länger entbehren, und diese „materialistische“ Erwägung hat wesentlich mit dazu beigetragen, sich für das „Ideal“ der Unabhängigkeit der Philippinen einzusetzen.

Der von beiden Parlamenten angenommene Gesetzentwurf sieht vor, daß die Philippinen nach zehn Jahren unter einer republikanischen Regierung Selbständigkeit erhalten.

## Zensur-Rotstift, Gummiknüppel und Ausnahmegericht.

### Die Dreieinigkeit zur Unterdrückung der Arbeiterschaft.

Im polnischen Sejm wurde der Haushalt des Innenministeriums verabschiedet.

Von den 202,5 Millionen Zloty, die für die Ausgaben des Innenministeriums angesetzt worden sind, entfallen 104,5 Millionen, also mehr als die Hälfte, auf die Polizei! Der Innenminister ließ auch keinen Zweifel darüber aufkommen, gegen wen sich die Stärke der Polizei hauptsächlich richtet: nach einer Bemerkung über die Zunahme des Verbrecherwesens erklärte er, daß er entschieden gegen den Kommunismus vorgehen würde, dem gegenüber keinerlei Rücksichten walten dürften!

Im Laufe der Debatte erklärte ein sozialdemokratischer Abgeordneter, daß das Symbol der Regierung der Rotstift des Zensors, der Gummiknüppel des Polizisten und das Ausnahmegericht seien. (Das trifft bekanntlich nicht nur auf Polen zu.)

## Autodemonstration in Prag.

Zum Protest gegen das neue tschechische Automobilgesetz findet in Prag eine ungeheure „Autodemonstration“ statt: Aus allen Teilen des Landes sind Kraftwagen in der Hauptstadt eingetroffen, insgesamt etwa 10 000, die sich zum Teil durch tiefen Schnee hindurchkämpfen mußten. Die Kraftwagen stehen in langen Reihen auf allen Straßen. Ueberall finden große Protestversammlungen statt. Die Polizei ist gegen die Menge mit blankem Säbel vorgegangen. Mehrere Personen, die Streikposten standen, sind verhaftet worden.

Der chinesische, in die Mandchurei hineinreichende Gegenstoß auf Tungliao (nordwestlich Mukden) geht weiter. Das japanische Oberkommando meldet zwei Attentate auf ständischer auf die stidmandschurische Bahn. In beiden Fällen seien Züge zur Entgleisung gebracht worden. Tote und Verwundete.

## Die Gefährten.

Roman von Anna Sejhers. G. Klempner Verlag. 346 Seiten, gebunden 5,40 Mark.

H. D. Das Buch ist ein Dokument. Ein Aufschrei gegen den weißen Terror. Ein herrliches Bekenntnis für die Welt der Revolutionäre.

Am Boden liegt die ungarische Räterepublik. In den Dörfern, in den Städten wütet der weiße Terror.

„Man hat die alte Belegschaft zusammengesperrt weggetrieben. Man hat eine neue Belegschaft eingesetzt. Was gestern und heute nacht hier war, gestern und heute nacht. Sie suchen die Lagerhäuser mit Hunden nach Flüchtlingen ab. Sie haben welche von uns auf die Schienen gebunden. Sie haben welche von uns auf die Puffer gebunden. Sie haben zwei Heizer in die Kessel geworfen.“

Am Boden liegt Bulgariens Bauernregierung. Sie haben Dudoff, einen Arbeiter und Bauernführer, gefangen.

„Diesmal wirst du uns nicht weglafen!“ Sie hoben ihn über den Ofen, hielten ihn zu viert um die Hüften, stießen seine Füße in den Kessel. Dudoffs Kopf fiel nach hinten. „Kennst du Petka, den Bahnwärter?“

„Ja.“

„Wir blieben eine Nacht bei ihm. Dann kamen sie zu ihm und fragten ihn. Sie haben ihn in einen Sack gesteckt, in einen Sack mit einer Wildkatze und sie haben mit einem Knüttel auf den Sack geschlagen und dann haben sie ihn herausgeholt.“

„Gestützt auf die Masse der Arbeiter und armen Bauern, eroberte Tschang-Kei-tschek der Nationalregierung zehn Provinzen. Am entscheidenden Punkt, vor der Frage, die Revolution zu Ende zu führen oder sich gegen die Massen zu stellen, antwortete Tschang-Kei-tschek mit der Erschießung von 200 Arbeitern in Schanghai auf offener Straße im Namen der bürgerlichen Ordnung.“

Ins faschistische Polen führt uns das Buch. In die engen niedrigen Hütten der Arbeiter, wo man das Leben damit begann, daß „man als Knabe ein rotes Fähnchen auf einen Telegraphenmast spielte, und sich von einem

Streik zum anderen, von einem verbotenen Aufmarsch zum anderen, ins Zuchthaus hineinkämpfte“, diese Zuchthäuser, in denen man ihnen, um ihren Hungerstreik zu brechen, künstlich Nahrung einflörte und dabei die Glasröhre so weit in den Hals steckte, daß Röhre und Revolutionär dabei zerbrechen. In den Kerkern sitzen Revolutionäre, die schon unter dem Zaren ihren Kampf mit dem Verlust der Freiheit bezahlen mußten. Die „guten Wärmeöfen“, die durch ihren Mut, durch die unbeugsame Stärke ihrer Gesinnung, das Leben der weniger starken Gefangenen erhalten. Die, die dafür sorgen, daß die Gefangenen noch mutiger und opfertreuer die Kerker verlassen.

Wer dem weißen Terror nicht zum Opfer fällt, flieht ins Ausland. Ueberall lauert der Verrat. Bisherige „Genossen“ entpuppen sich als Verräter, dennoch gelingt vielen die Flucht. Im Ausland beginnt die große Probe. Vieles, Unmenschliches haben die Genossen erduldet. Werden sie auch hier fest bleiben?

Da ist Faludi. Nur in seinem Element, wenn die Aktion gefährlich ist. Ist die Situation nicht gefährlich, so sucht er sie gefährlich zu machen, sich und die Gefährten in unnütze Gefahr bringend. Man nimmt ihm seine Funktion. Er versackt. Da sind die, die sich einleben, die nicht einmal mehr verlegen werden, wenn sie ihre früheren Gefährten sehen, da sind die, die zur Besinnung kommen wollen, die sich solange besinnen bis sie versackt sind.

Da sind aber auch die anderen, die, welche die Probe bestehen. Jene einfachen Parteisoldaten, die ihre Arbeit finden, wo immer die Revolution voranzutreiben ist. Dudoff, der immer wieder illegal nach Bulgarien zurückfährt, die Flamme des Aufstandes schürend, bis er am Galgen endet. Böhm, der sich im Proletenviertel Berlins einarbeitet, zäh und unermüdet. Palis Kampf um den Italiener Bordonni, den er, allem Widerstand der Frau zum Trotz, immer tiefer und tiefer in den revolutionären Kampf hineinzieht, bis er ihn und dann auch sie gewonnen hat, gehört zu dem Schönsten in diesem Buch.

Wie „Die Henker“ von Bagbasse führt auch dieses Buch an das Gewissen. Einsatz und Kampf fordernd

## „Alkohol“.

(Malik-Verlag, Berlin, Kartoniert 2,85, gebunden 4,25 Mark.)

Im Zusammenhang mit der Absicht des neugewählten amerikanischen Präsidenten Roosevelt, die Prohibition aufzuheben, gewinnt der Sinclairsche Roman an Bedeutung. Sinclair hat in diesem Roman die Aufgabe übernommen, die verheerende Wirkung des Alkohols in Gesellschaft, Kunst und Politik aufzuzeigen.

Beim Lesen des Romans erleben wir die Lebens- und Leidensgeschichte einer der „oberen Gesellschaft“ angehörenden Familie, die der Alkohol fast völlig vernichtet. Ein Sproß der Familie, eine Frau, gewinnt auf Grund eigener Erfahrungen die Ueberzeugung, daß dem Alkohol der Kampf angesagt werden sollte. Sie selbst verzichtet auf Reichtum und Vorrechte der oberen Gesellschaftsklasse und heiratet gegen den Willen ihrer Angehörigen einen einfachen Mann. Beide führen dann, zunächst unter ihren eigenen Angehörigen, den Kampf gegen den Alkohol. Durch ihre Ergebnisse kommen sie auf der Höhe ihres Lebens dazu, ihren Kampf innerhalb einer Organisation zu führen. Er wird Prohibitionsangestellter des Staates und verliert sein Leben im Kampf mit Alkoholschmugglern. Sie gründet nach seinem Tode selber eine Kampforganisation, besonders der Frauen. Wir erleben Polizei und Regierung in ihrem „Kampf“ gegen Alkohol — eine einzige Korruption. Sinclair gibt hier wieder, wie in vielen anderen seiner Romane, einen treffenden Einblick in die Hohlheit und Aufgeblasenheit der oberen Gesellschaftsschichten. Er führt uns in das Gebiet der „hohen“ Dichtkunst, zeigt auch hier die Einflüsse des Alkohols und ein Dichtervolk, dessen Tätigkeit ein einziger Hohn auf wirkliche Kunst ist. Ein Buch, das allen Freunden und Gegnern des Alkohols sehr zu empfehlen ist.

W. L.

Die in Polen zum Tode verurteilten „Spione“ sind vom Staatspräsidenten zu lebenslänglichem Zuchthaus „bognadigt“ worden. Die Begnadigung findet nur auf zwei der Verurteilten Anwendung, da der Dritte bereits hingerichtet worden ist.

„Rein italienische Zustände!“

L. W. Riesenplakate verkündeten vor wenigen Tagen der Münchener Bevölkerung, daß am Sonntag (15. Januar) die SA marschieren werde.

Und sie marschierte, zunächst entlang der Isar, dann durch Wohnviertel mit kleinbürgerlicher Bevölkerung. Autos und Motorräder, von Braunhemden besetzt, durchrasen die Straßen, gleichsam, als ob sie die Stimmung vorbereiten wollten: Heute gehört die Straße uns.

Am Kapuzinerplatz hatten sich eine Anzahl Kommunisten eingefunden. Der Demonstrationzug nähert sich. Voran fuhr ein Lastauto mit Braunhemden, Sturzhelme auf dem Kopf und auch sonst äußerst provokatorisch wirkend. „Heil Hitler!“ Aber auch Rufe wie „Rot Front!“ und „Arbeitermörder!“ durchschwirten die Luft. Die Nazis springen vom Lastauto, sperren durch Kettenbildung die Zuschauermenge vom Demonstrationzug ab. Ein Nazi-Auto kommt angerast, ein Arbeiter gerät zwischen dieses und den Demonstrationzug. Nazis bearbeiten ihn mit Gummiknüppeln. Er fällt hin. — Als er aufsteht, hat er eine große Beule am Kopf. Die Polizei, die zahlreich vertreten war, hat sich um diese Sache nicht gekümmert.

Weiter marschiert der Zug, entgegen dem Westend, einem Proletarierviertel. Ecke Holzappel- und Schwanthaler Straße wird der Zug mit Rufen wie „Rot Front!“ und „Donk an die Arbeitermörder von Potempa!“ empfangen. Die Rufer bekommen die Gummiknüppel der Polizei zu spüren, wenn es ihnen nicht gelingt, schnell genug davonzulaufen. Mehrere SA-Leute prügeln einen jungen Burschen. Es gelingt diesem schließlich, davonzulaufen. Ein Polizist läuft hinter ihm her, schlägt auf ihn ein. —

Der Demonstrationzug der Hitler-Garden ist vorüber. Im Westend wird jetzt die „Internationale“ gepfiffen. Zorn und Empörung der Arbeiterschaft über das Verhalten der Polizei machen sich Luft. Es bilden sich Gruppen, man bespricht das Gesehene, man fühlt sich verbunden. Doch auch hier gibt es Grenzen.

An fast jeder Straßenecke im Westend stehen Polizeipatrouillen. Wo zwei oder gar mehr Arbeiter beieinander stehen, werden sie von Polizisten beobachtet und weitergeschoben. Ein älterer Arbeiter schickt sich zum Weitergehen an mit dem Seufzer:

„Wir haben rein italienische Zustände!“

Dahin ist es gekommen, weil das Proletariat *uneinig* ist. Noch kann es sich einigen gegen Faschismus und Polizeiwillkür! Noch ist es nicht — wie in Italien — völlig niedergeschlagen, die Führer getötet von faschistischen Mördern!

Wenn das ein Freidenker gewesen wäre! Vielfacher Giftmörder.

Wir entnehmen der „Geistesfreiheit“: Der 35 jährige Schuhmacher Just aus Klein-Partwitz bei Görlitz wurde am 9. Dezember 1932 vom Görlitzer Landgericht viermal zum Tode und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Er hat seit 1930 seine Ehefrau, seinen Schwager, dessen sechsjährigen Sohn, seine Schwägerin und seinen Schwiegervater auf wahrhaft teuflische Weise umgebracht. Er zeigte keine Reue, sondern schloß seine lange Verteidigungsrede mit den Worten: „Daß eine Strafe für mich sein muß, weiß ich. — Hohes Gericht — Menschheit — Gott, der du im Himmel lebst, wie die Strafe auch ausfällt, ich will sie ertragen.“

Er war natürlich christlich getauft und erzogen. Trotzdem hören die Priester nicht auf, für alle Verbrechen die Gottlosigkeit verantwortlich zu machen. —

Just war geständig. Habsucht — er wollte Versicherungen sich nutzbar machen — hat ihn zu den Verbrechen getrieben.

Im Zusammenhang mit einer plötzlichen Kassenrevision „beurlaubt“ wurden der Gauschatzmeister des Gaues Berlin der NSDAP, Fellner, und der Stellvertreter Goebbels' Dr. Meinshausen.

Heraus mit den Gefangenen von Meerut!

Eine verantwortungsvolle Aufgabe des IGB.

A. F. (London.) Als der Allindische Gewerkschaftskongreß (All India Trades Union Congreß [AITUC]) im September 1932 zusammentrat, war der Hauptpunkt der Tagesordnung die Frage,

welches Programm als Grundlage für die Einheitsfront der indischen Gewerkschaftsbewegung dienen könnte;

denn auch in Indien, wo die Organisation der Arbeiterschaft noch in ihren Kinderschuhen steckt, ist die Einheit bereits gebrochen, sind die Gewerkschaften gespalten in freie und kommunistische Verbände. Wie irrsinnig diese Spaltung ist, wird täglich von neuem dadurch bewiesen, daß die herrschende Klasse, die britischen Imperialisten, keinen Unterschied zwischen „roten“ und „reformistischen“ Gewerkschaften kennen. Sie haben das im Meerut-Prozeß gezeigt, wo Führer beider Richtungen gemeinsam auf der Anklagebank saßen, des gleichen „Verbrechens“ beschuldigt wurden: durch ihre Gewerkschaftsarbeit die Herrschaft der Britischen Krone in Indien bedroht zu haben! Kurz vor Eröffnung des vorigen Gewerkschaftskongresses wurde die Tatsache, daß die indischen Behörden die „reformistischen“ Führer nicht weniger fürchten, als die „roten“, noch einmal gezeigt: Im Juli 1932 wurde der Vorsitzende des AITUC, Ruikar, zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Leider war auf dem Gewerkschaftskongreß nur der linke Flügel vertreten. Die große Allindische Eisenbahner-Föderation hatte keinen Delegierten gesandt. Auf einer Konferenz für Gewerkschaftseinheit, die im Juli 1932 in Madras stattgefunden hatte, war ein Einheitsprogramm aufgestellt worden, das in mancher Hinsicht europäischen Gewerkschaften als Beispiel dienen könnte. Es beginnt folgendermaßen:

„Eine Gewerkschaft ist ein Instrument des Klassenkampfes.“

Ihre grundlegende Aufgabe ist es, die Arbeiter bestimmter Gewerbe oder Industrien zu organisieren, damit sie ihre Rechte und Interessen verteidigen und fördern können. Darum kann es unter keinen Umständen das Ziel einer Gewerkschaft sein, die Interessen von Kapital und Arbeit zu versöhnen.“ Dann folgt eine Liste der unmittelbaren Forderungen in bezug auf Mindestlöhne, Begrenzung der Arbeitszeit u. s. w. Weiter heißt es in dem Programm: „Der AITUC soll den Kampf für die nationale Befreiung, vom Gesichtspunkt der Arbeiterklasse aus, unterstützen und sich aktiv daran beteiligen. Er glaubt nicht, daß ein Kompromiß zwischen der ausländischen und indischen Bourgeoisie (zum Beispiel ‚verantwortlichen Regierung‘ oder Dominion Status, innerhalb des Britischen Weltreichs) jemals die Lage der Arbeiterschaft wesentlich verändern wird. Die wichtigste politische Forderung der indischen Arbeiterklasse ist die Beendigung der imperialistischen Herrschaft, der Sturz des Kapitalismus und die Verstaatlichung der Produktionsmittel.“

Der AITUC soll kämpfen für Pressefreiheit, Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und das Recht, Waffen zu tragen.“

Weniger erfreulich als die Forderung der Einheitsfront ist die Stellung der indischen Genossen zur internationalen Gewerkschaftsbewegung, was aber vor allem dem Chauvinismus und der Engstirnigkeit vieler europäischer Gewerkschafter zuzuschreiben ist. In dem Einheitsprogramm heißt es:

„Der Allindische Gewerkschaftskongreß soll sich nicht dem IGB anschließen,

da dieser das System der kolonialen Ausbeutung unterstützt oder doch billigt. Er soll sich auch keiner anderen internationalen Organisation anschließen.“

Wenn wir diese Stellungnahme auch nicht für richtig halten, so ist sie doch verständlich!

Die indischen Gewerkschaften stehen am Anfang ihrer Arbeit, sie haben ein Recht auf die Hilfe der europäischen Gewerkschaften, und sie benötigen deren Hilfe, um auch in

Indien mächtige Organisationen aufzubauen, wie sie in England und Deutschland bestehen. Meines Wissens hat der IGB sich *niemals* in Resolutionen oder sonst für die imperialistische Ausbeutung ausgesprochen, sich also nicht auf eine Politik festgelegt, die den indischen Genossen den Anschluß von vornherein unmöglich macht.

Andererseits ist es aber auch eine Tatsache, daß die freien Gewerkschaften Europas niemals praktisch gezeigt haben, daß sie nichteuropäische Gewerkschaften in ihrem unerhört schweren Kampf unterstützten. Eine Gelegenheit hierzu, wie sie besser kaum denkbar wäre, ist die Verurteilung der Meerut-Gefangenen. Schon 1929 hat Nehru die Britischen Gewerkschaften aufgefordert, den Kampf gegen die Verhaftung der Gewerkschaftskollegen, die in Meerut auf der Anklagebank saßen, aufzunehmen. Die geringen Protestaktionen, die in manchen Ländern in Gang gekommen sind, haben nicht vermocht, die Britischen Imperialisten zu erschüttern. Das hätte anders sein können, wenn der ganze Apparat des IGB gegen die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung in Indien, wie die Verhaftung der in Meerut verurteilten Gewerkschaftsführer sie darstellt, in Bewegung gesetzt worden wäre.

Wenn derartige Aktionen auch während der vierjährigen Untersuchungshaft der Gefangenen versäumt worden sind, so ist es jetzt, nach Verkündung des Urteils, nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen.

Wenn der Kampf für die Freilassung der 31 indischen Genossen Erfolg haben soll, muß er in Europa geführt werden, da, wo die Drahtzieher und Hauptinteressenten, die Imperialisten, sitzen. Es ist eine Aufgabe der internationalen Solidarität, diese Gelegenheit wahrzunehmen, durch die der IGB den indischen Genossen nicht nur seine Daseinsberechtigung, sondern auch die Notwendigkeit seines Bestehens beweisen kann.

Kriminalstatistik 1932 aus dem braunen Sumpf.

Ks. Der jetzt in Frankfurt am Main abgeschlossene Mordprozeß gegen den SA-Mann Stubenrauch lenkt erneut die Aufmerksamkeit aller anständigen Menschen auf die moralische Verkommenheit der Nazipartei.

Im Jahre 1932 sind allein — ohne die zahllosen politischen und Femeverbrechen, und wenn man nur die größten Fälle zählt — folgende von Nazis begangenen kriminellen Straftaten zur Aburteilung gelangt:

- 1. Mord, Totschlag, Raub . . . . . 14 Fälle
2. Brandstiftung, Fälschung . . . . . 9 Fälle
3. Sittlichkeitsverbrechen . . . . . 11 Fälle
4. Meineid, Erpressung, Spionage . . . . . 12 Fälle
5. Unterschlagung, Betrug, Urkundenfälschung . . . . . 14 Fälle
6. Einbruch, Diebstahl . . . . . 22 Fälle

Dafür sind 640 Monate Zuchthaus, 593 Monate Gefängnis, 57 Monate Ehrverlust

verhängt worden, und in 1 Fall lebenslänglich Zuchthaus. In 38 Fällen ist das Strafmaß aus der namentlichen Liste der Urteile nicht zu erschen gewesen. Unter den Verurteilten befinden sich zwanzig Funktionäre der NSDAP.

„Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm!“

Infolge Kassenschwierigkeiten des Reiches konnte der im Haushaltsplan vorgesehene Reichszuschuß für das Deutsche Studentenwerk in Höhe von 500 000 Mark noch nicht ausgezahlt werden. Die örtlichen Hilfseinrichtungen des Studentenwerkes sind dadurch teilweise ohne Mittel, jedoch konnten die Schwierigkeiten im Bereich der Berliner Universität zunächst behoben werden.

A. M. FREY DIE PFLASTERKÄSTEN Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Kloppeheuer Verlag AG. Berlin. „Euer Pech, wenn man euch so lange spazierengefahren hat. Ich kann euch nichts geben. Schaut, daß ihr morgen von der Kommandantur was bekommt, eh' ihr abgeschoben werdet zur Truppe.“

ihnen, weil sie unerfahren sind, was Schuß und Deckung anbelangt.“ Jetzt wird er wieder ganz mutlos, der Bader, und seine schönen Augen flehen die Wand an um Rat. Soll er sich nun besser wünschen, gleich zur Infanterie selber zu kommen? Inzwischen hat Madame, rundlich und schlampig, aber sachlich gelandet bei den Jahren einer Matrone, etwas Zweifelhafte in einer Pfanne durcheinander gebraten. Immerhin riecht es nach heißem Fett, und es ist, im Gegensatz zum dauernden Feldkesselsuppengeschlamp, etwas Kompaktes. Die drei essen von richtigen Tellern, mögen sie auch nur mit einer alten Zeitung abgewischt worden sein; sie trinken etwas dazu, das Apfelwein sein soll, einen Cidre, und der Schaffner kommt in Laune, während er so dasitzt, Rock offen, Hose entriegelt, als wäre er bei Weib und Kind. Er holt sein grifffestes Messer aus der Tasche und stoziert behaglich die Reste des Essens aus den Zähnen zusammen. Er sagt unter einem Rülpsen, den er gut erzogen mit den Fingern zudeckt: „Hurenhäuser soll's ja hier in Masse geben.“

geleistet. Den schäbigen Rest brauchst du nicht bei den Weibern in Lille zu verplempern.“ Aber von Rest will der Bader nichts hören. „Ein zehntes ist unterwegs“, erklärt er mit demütigem Stolz. „Und ich weiß nicht, ob es das letzte sein wird. Unserem Herrgott ist ein schönes Eheleben wohlgefällig.“ Sie lachen noch immer über ihn. Der Gefreite sagt: „Stimmt schon — nicht das mit dem Herrgott mein ich — das mit den Weibern. Es gibt Häuser für Offiziere und Häuser für Mannschaften. An guten Tagen stehen sie vor den Türen an, wie unsere Frauen daheim vor den Geschäften, wenn's was Rares zu kaufen gibt. — Was willst du auch machen hier, damit du nicht verreckst vor Langerweile? Ein Spaßchen muß der Mensch haben, und ausräumen muß er von Zeit zu Zeit auch einmal.“

(Fortsetzung folgt.)

# Amerikanische Gewerkschaftsbewegung.

## Fortschrittliche und reaktionäre Beschlüsse.

### Arbeitszeit.

Der 52. amerikanische Gewerkschaftskongress sprach sich für die sofortige und allgemeine Einführung des 6-Stunden-Tages und der 5-Tage- bzw. 30-Stunden-Woche aus und erklärte, daß mit dieser Arbeitszeitverkürzung keine Lohnherabsetzungen verbunden sein sollen, ja, daß im Gegenteil die Löhne im gleichen Tempo mit der fortschreitenden Technisierung allmählich erhöht werden müssen. Der Kongress zog einen scharfen Trennungsstrich zwischen dieser Form der Arbeitszeitverkürzung und der seit einiger Zeit propagierten Politik der Verteilung der Arbeit unter möglichst viele Arbeiter, die mit ihren Lohnreduktionen dem verfolgten Ziel genau entgegengesetzt sei.

### Arbeitslosenversicherung.

Der Kongress sprach sich zu Gunsten der obligatorischen Arbeitslosenversicherung in der Form eines staatlichen Fonds aus. Beiträge sollen ausschließlich von den Unternehmern als ein Teil der Produktionskosten geleistet werden.

### Wirtschaftspolitische Forderungen.

Es wurde gefordert:

Die Einberufung einer nationalen Wirtschaftskonferenz,

die die ersten Maßnahmen zur Einführung der Planwirtschaft auf breiter Basis ergreifen soll. In dieser Konferenz sollen die Arbeiter als Teilhaber an der Produktion und als wichtigste soziale Gruppe angemessen vertreten sein. Verstaatlichung aller Banken.

Gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Depostenthaber

sowie jener Personen, die Kredite aufzunehmen wünschen. Ferner sollen Maßnahmen getroffen werden,

um die Bankgewaltigen zu verhindern (1),

daß sie als Diktatoren die Wirtschaft beherrschen. Die Exekutive des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes wurde aufgefordert, eine Resolution durchzuführen, in der die Einleitung einer nationalen Kampagne verlangt wird, um die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen, daß die Banken den lokalen Behörden Anleihen verweigern, wenn nicht wucherische Zinsen zugesichert werden und der Abbau nützlicher Dienstzweige sowie die Herabsetzung der Löhne garantiert wird. Gesetzliche Maßnahmen zur Abschaffung der Holdinggesellschaften.

### Zollpolitik:

Der Kongress sprach sich gegen eine Resolution zu Gunsten des Schutzes der Petroleumindustrie gegen billiges ausländisches Petroleum aus.

### Besteuerung Arbeit ersparender Maschinen:

Ein Beschluß zu Gunsten der direkten Besteuerung aller automatischen Maschinen und der Verwendung des eingehenden Geldes für die Arbeitslosen wurde zur weiteren Behandlung der Exekutive überwiesen.

### Gegen Kettenläden:

Der Kongress nahm eine Erklärung an, derzufolge sich die Kettenläden gegen die Interessen der Allgemeinheit richten.

### Gegen das System der Ratenzahlungen:

Der Kongress behandelt u. a. die für die Vereinigten Staaten äußerst wichtige Frage der Abzahlungsgeschäfte und überwiegt der Exekutive eine Entschliebung, in der eine Erklärung gegen das Prinzip der Ratenzahlungen verlangt wird.

### Handel mit Rußland:

Der amerikanische Gewerkschaftskongress sprach sich gegen die Anerkennung Sowjetrußlands durch die USA aus.

(Daß der IGB diesen Beschluß gegen die Anerkennung der Sowjetunion ohne jede Begründung mitteilt, zeigt wohl seine Verlegenheit, die ihm dieser reaktionäre Beschluß bereitet. Dessen ungeachtet muß verlangt werden, daß der IGB seine eigene Stellungnahme dazu recht bald bekannt gibt.)

### Mitgliederstand.

(IGB) Aus dem Bericht an den Kongress geht hervor, daß die amerikanische Landeszentrale

zur Zeit 2 532 000 Mitglieder

zählt. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang um 357 000 Mitglieder zu verzeichnen. Von den 106 angeschlossenen Verbänden haben im vergangenen Jahre 28 keine Mitgliederverluste erlitten; bei 9 Organisationen ist die Mitgliederzahl leicht gestiegen, während die übrigen Verbände Einbußen erlitten haben, so vor allem die Bergarbeiter (91 000). An Unterstützungen gaben die Verbände in den Jahren 1930 und 1931 36,7 und 39,7 Millionen Dollar aus.

Sehr eingehend befaßte sich der Kongress mit der Frage der Erweiterung der Exekutive. Zu diesem Punkte lag eine Resolution vor, die die Erhöhung der Zahl der Exekutivmitglieder von 8 auf 25 verlangte. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die Exekutive wurde in folgender Zusammensetzung wiedergewählt: W. Green (Vorsitzender), Morrison (Sekretär), Ryan (Kassierer), sowie die 8 Vizevorsitzenden Duffy, Rickert, Woll, Wilson, Coefield, Wharton, Weber und Bugnizet.

### Kriegsschiffbau gegen Arbeitslosigkeit?

(IGB) Der Kongress bejahte den Gedanken der Ergänzung des Kellogg-Paktes im Sinne der wirkungsvollen Verhütung von Kriegen. Voraussetzung sei dabei, daß ein solcher Plan ohne die Gefährdung des angemessenen Schutzes des amerikanischen Volkes durchgeführt werden könne. In einer anderen Entschliebung erklärte der amerikanische Gewerkschaftskongress, daß der Bau von Kriegsschiffen sowie die Herstellung von Materialien für die nationale Verteidigung nicht in privaten, sondern unter Ausschaltung des Gewinnprinzips in den staatlichen Werften erfolgen soll.

Der Kongress lehnte eine Resolution ab, in der im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Ausbau der Kriegsmarine bis zu dem vom Londoner Uebereinkommen vom April 1930 zugebilligten Maximum verlangt wird.

### Siegreiches Streiken japanischer Seeleute.

(ITF) Der japanische Seemannsverband organisiert, von einigen kleineren Gesellschaften abgesehen, sämtliche in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeitnehmer. Von den erwähnten kleineren Schiffahrtbetrieben ist die Amagasaki Steamship Company mit 29 Kleinfahrzeugen von 500 bis 1000 t — die Gesamttonnage umfaßt etwa 20 000 t — der bedeutendste.

Der Seemannsverband hatte nun eine großzügige Agitation zur Organisation des Personals dieser Gesellschaft eingeleitet; diese reagierte darauf in der Weise, daß sie „Gelbe“ einstellte. In einem der Gesellschaft am 16. November gestellten Ultimatum wurde daraufhin gefordert: 1) die Anerkennung der Organisation; 2) eine Mindestlohn; 3) Auszahlung einer Gratifikation zweimal jährlich; 4) bessere Beköstigung der Besatzung und 5) Auszahlung einer Dienstalterszulage. Da die Gesellschaft auf das Ultimatum nicht reagierte, kam es zum Streik. Sie war so vorsichtig, schon vor dem Ausbruch des Kampfes Streikbrecher anzuwerben; am 23. November gelang es aber der Organisation, 17 Fahrzeuge und dann weitere 12, aufzuhalten.

Nach zweitägigem Streik gab die Gesellschaft nach. Die Organisation wurde anerkannt, sämtliche Heuern wurden um 2 Yen monatlich erhöht, die Rationen verbessert, sowie die Forderung auf Gewährung einer Dienstalterszulage bewilligt.

## Die Gewerkschaftsbewegung der Tschechoslowakei.

(IGB) Die gemeinsame Gewerkschaftszentrale der Tschechoslowakei veröffentlicht soeben ihren Bericht für das Jahr 1931.

Es geht daraus hervor, daß in der Zentrale Ende 1930 67 Verbände mit 575 277 Mitgliedern und Ende 1931 66 Verbände mit 611 277 Mitgliedern vertreten waren. Auf die 46 Zentralverbände entfielen 393 231 Mitglieder, auf die 20 deutschen Verbände, die durch den „Deutschen Gewerkschaftsbund“ in der gemeinsamen Landeszentrale vertreten sind, 218 046 Mitglieder. Neu eingetreten ist in die Landeszentrale die Union der tschechoslowakischen Musiker. Der Verband der Versicherungsangestellten vereinigte sich mit dem Einheitsverband der Privatangestellten.

Die gemeinsame Landeszentrale war bestrebt, die Zusammenschlußbewegung möglichst zu fördern.

Sie errichtete für die Zentralverbände gemeinsame Ausschüsse, die das einheitliche Vorgehen dieser Verbände sichern und auf die Vereinigung der Gewerkschaftsbewegung hinarbeiten sollen.

### Arbeitslosigkeit in Italien.

Die Sozialversicherungsanstalt in Rom macht über den Stand der Arbeitslosigkeit in Italien am 31. Dezember 1932 folgende Angaben:

Die Arbeitslosenziffer, die am 30. November 1932 1 038 757 betrug, stieg am 31. Dezember auf 1 129 654, also um rund 90 000, Arbeitslosenunterstützung bezogen 298 000.

Bei diesen Angaben ist vor allem auffällig, ein wie geringer Prozentsatz der hier gemeldeten Arbeitslosen Unterstützung bezieht, also etwa vierde Arbeitslose Italiener! Außerdem darf man wohl annehmen, daß nicht alle Erwerbslosen gemeldet werden.

## Angestellengewerkschaften gegen Feldwebelisierung der Verwaltung.

Die Angestellten-Gewerkschaften aller Richtungen haben der Reichsregierung und dem Reichstag eine Denkschrift überreicht, in der sie gegen den überspannten Stellenvorbehalt der Versorgungsanwärter in der öffentlichen Verwaltung Stellung nehmen. — Nach den Bestimmungen der Notverordnung vom 4. November 1932 sind die Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung in Zukunft fast ausschließlich den ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und der Polizei vorbehalten. Das bedeutet eine durch nichts gerechtfertigte Schädigung der Angestellten, von denen zur Zeit rund 500 000 dem Elend der Erwerbslosigkeit ausgeliefert sind. Die Angestelltenverbände fordern, daß zwischen den Bedürfnissen der Zivilversorgung und den berechtigten Interessen der Angestellten ein gerechter Ausgleich gefunden werde.

Im Kölner Installationsgewerbe vereinbarten die Parteien vor dem Schlichter, daß die bisherigen Stundenlöhne vom 1. Mai 1933 ab von 1,10 Mark auf 1,05 Mark und ab 31. September 1933 auf 1 Mark reduziert werden.

### Achtung! Betriebsräte!

Der nächste Arbeitsrechtliche Informationsabend für Betriebsräte findet am Dienstag, dem 24. Januar 1933, im Saal 3 bzw. Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, unter Leitung des Genossen Bruno Broecker statt. Zutritt hat jedes freigewerkschaftlich organisierte Mitglied. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich. Ein Hörerbeitrag wird nicht erhoben.

**Das Haus der guten Schuhe**  
**H. Ebel**  
Berlin N 65, Maxstr. 27  
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98  
Telefon: D 6 Wedding 2358  
Bei Vorzug d. Inserates 5% Rabatt!

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut schnell billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Niederwall  
Eisenplatz 12

**C. Lotze**  
Göttingen  
Johannisstr. 2

**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde  
und Leser des  
„Funkens“  
**Unterstützt**  
**Eure**  
**Zeitung!**  
Werbt Abonnenten  
Sammelt Anzeigen  
Bewerbt bei Entlohnung  
unserer Inserenten

**Wer unsere Schriften noch nicht kennt,**  
ersuche uns um Zusendung von Probe-Schriften  
**Kostenfrei**  
Hefern wir 12 Flugblätter und 1 Nummer unserer „Mittellungen“.  
**Gegen vorherige Zahlung von 1 M.**  
Hefern wir 12 Flugblätter, 3 Nummern unserer „Mittellungen“ (80 Seiten) und 12 Klebmarken.  
**BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15**  
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71 Berlin

**Sonnenblumen-Oel**  
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.  
5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier.  
Kanne 1,— RM Pfand.  
**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg  
Otto v. Guerickestr. 104.

**Oberhemdensstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords**  
günstige Posten Macrotuch kauft man gut und billig bei  
**Kurt Levy, Berlin O 112**  
Scharnweberstr. 16/17.

**Maßarbeit** erstklassig und billig  
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen  
**Alfred Arensberg**  
Berlin-Reinickendorf-Out  
Hinter der Dorf-Aue 14

**Butter**  
**Käse, Eier**  
**Landbrot**

Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
und  
**Reformkleidung**  
**I. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

**Röstkaffee**  
per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.  
Lieferung ab 8 Pfund frei Haus.  
Nachnahme oder Vorkasse auf Postscheckkonto: Hamburg 71108.  
**Robert Ziegler, Kaffee-Versand**  
Hamburg 83 / Heidhörs 42.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:  
**Anfertigung med. Tisch- u. Nachttischlampen**  
**G. Funke**  
Elektrotechniker  
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 3, III

**Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate**  
stellt schnell, sauber und billig her  
**Oscar Wettig, Gelnhausen**

**POLITISCH WIRD DER MENSCH GESCHEITER DURCH BÜCHER MIT DEM FACKELREITER**  
  
Lassen Sie sich bald einmal den reich illustrierten Katalog kostenlos schicken vom  
**FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15**

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987  
Seit 17. Januar:  
Douglas Fairbanks in  
**Der vierte Musketter**  
mit Adolphe Menjou,  
Barbara La Marr, Fred Niblo  
**Der Boss**  
Nach dem Roman von Mark Twain:  
„Ein Yankee am Hofe des Königs  
Artus“ mit Will Rogers u. Mirna Lov  
11. August 1933: 15, 18, 21 Uhr.

Soeben erschien in neuer Ausstattung:  
**Philosophen für und wider die Revolution.**  
Von  
**HELLMUTH FALKENFELD.**  
72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.  
Inhalt:  
I. Die Philosophen der französischen Revolution.  
II. Immanuel Kant. VII. Stirner.  
III. Johann Gottlieb Fichte. VIII. Tolstoj.  
IV. Jakob Friedrich Fries. IX. Nietzsche.  
V. Hegel. X. Popper-Lynkeus.  
VI. Marx. XI. Leonard Nelson.  
**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.**  
Postscheckkonto Berlin 31342

## Kontrolle der Osthilfe!

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Dienstag ein Zentrumsantrag zu den Fragen der Osthilfe angenommen. Der Antrag ersucht die Reichsregierung um die Vorlegung einer Uebersicht darüber, wie hoch die Verluste der privaten Gläubiger (Handwerker, Händler, Lieferanten u. s. w.), bei der Entschuldungsaktion im Osten sind und welche Verluste bei Genossenschaften, öffentlich-rechtlichen Hypothekendarlehen aller Art, Sparkassen u. s. w. eingetreten sind. Außerdem soll von der Reichsregierung mitgeteilt werden, wie sich die umgeschuldeten Flächen nach Ländern und Provinzen verteilen und in wieviel Fällen einzelne Grundbesitzer mit mehreren Gütern in die Osthilfe einbezogen worden sind.

## Entschuldung und Siedlung im Osthilfegebiet.

Der Reichsernährungsminister von Braun, der gleichzeitig Kommissar für die Osthilfe ist, hat dem Haushaltsausschuß des Reichstages eine Uebersicht über die bisherige Durchführung der Osthilfe vorgelegt. Danach wurden im Osthilfegebiet bis zum Ende des vergangenen Jahres 517 418 Hektar Land entschuldet. An Entschuldungsdarlehen sind bewilligt worden:

69,5 Millionen Mark für Betriebe unter 100 ha  
28 Millionen Mark für Betriebe von 100 bis 500 ha  
32,5 Millionen Mark für Betriebe über 500 ha

Entschuldet wurden:

11 748 Betriebe unter 100 ha mit einer Gesamtfläche von 227 790 ha Land;  
531 Betriebe von 100 bis 500 ha mit einer Gesamtfläche von 128 600 ha Land;  
191 Betriebe über 500 Hektar mit einer Gesamtfläche von 215 ha Land.

In Beantwortung einer Anfrage über die Siedlung wird dann ausgeführt, daß sich die Zahl der im vergangenen Jahr geschaffenen Siedlerstellen einstweilen nur schätzen lasse, sie werde mindestens (!) 6500 bis 7000 betragen. Für die neue Siedlungstätigkeit im Jahre 1933 befand sich am 1. Januar in Händen der Siedlungsträger ein Landvorrat von 42 900 Hektar, auf denen 3250 Siedlerstellen geschaffen werden können. Ferner betrug zu dem gleichen Zeitpunkt der Landvorrat für den Zweck der Anliegersiedlung 8300 Hektar. Hinzu kommt noch der weitere Landanfall für Siedlungszwecke, der dadurch eintreten wird, daß die entschuldungsunfähigen Güter aus dem Sicherungsverfahren ausgeschieden sollen. — Es ist ratsam, sich nicht zuviel von dem „weiteren Landanfall für Siedlungszwecke“ zu versprechen; die Enttäuschung könnte sonst sehr groß sein. Denn das Ausscheiden von Gütern aus dem Sicherungsverfahren wird ja vielleicht verhindert durch die angekündigte Verordnung über Verlängerung und Erweiterung des Vollstreckungsschutzes.

## Sitzung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinetts, das am Dienstag nachmittag zusammengetreten war, befaßte sich zunächst mit finanztechnischen Fragen, insbesondere mit der Steuererhebungstechnik für das Haushaltsjahr 1933. Die Absichten der Regierung gehen dahin, künftig eine einfachere Erhebungsweise anzuwenden. Im Verlauf der Sitzung wurden auch die weiteren Bürgschaften für Hausreparaturen, Wohnungsstellungen u. s. w. bewilligt. Einschließlich der seinerzeit bereits bewilligten 50 Millionen Mark für ähnliche Zwecke beläuft sich der Gesamtbetrag für dieses Gebiet nunmehr auf rund 100 Millionen Mark. Unter anderem dürfen künftighin auch Zuschüsse für die Teilung von Neubauwohnungen, sowie für die Umwandlung von Geschäftsräumen in Wohnräume bewilligt werden.

In der Sitzung nahm die Frage der Anpassung der „Siedlungspolitik“ an den Vollstreckungsschutz einen breiten Raum ein.

## Vorlagen an den Reichstag.

Der Reichsinnenminister legt dem Reichstag den Gesetzentwurf über die Begründung des Beamtenverhältnisses vor. Der schon die Zustimmung des Reichsrats gefunden hat, und zwar mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Stimmenzahl. Durch den Entwurf wird unter anderem unter

## Wird Stalldünger überflüssig?

F. D. Durch gemeinsame Arbeit der einerseits am künstlichen Dünger und andererseits an der Verwendung von Torf interessierten Firmen: I. G. Farbenindustrie, Franz Haniel und Cie., „Gesimo“, Bremen und „Klostermoor“ G. m. b. H., Papenburg, soll es geglückt sein, durch Bearbeitung von Torfmoor einen dem Stalldünger gleichwertigen Humusdünger herzustellen. Indem fein zerstäubten Torfmoor Ammoniumkarbonat zugesetzt wird, werden im Torf vorhandene wasserunlösliche Huminstoffe in wasserlösliche Humate umgewandelt. Diesem umgewandelten Torf wird dann noch Kali und Phosphorsäure zugesetzt. Das „Huminal“, wie das neue Produkt heißt, soll vor allem auch die so wichtige Krümmelstruktur im Boden hervorrufen. Der neue künstliche Dünger kann, wenn er den Erwartungen entspricht, einen wichtigen Fortschritt für viehlose landwirtschaftliche Betriebe bringen.

## „Verflüssigung“ von Torf.

Die steigende Bedeutung des Erdöls als Brennstoff und die damit verbundene Zurückdrängung der Kohle — die Ozeandampfer haben heute schon zum größten Teil Oelfeuerung, weil das Oel einfacher zu verfrachten und pro Gewichtseinheit ergiebiger ist als Kohle — haben schon vor Jahren zu Versuchen geführt mit dem Ziel, die Kohle zu verflüssigen und damit ihre wirtschaftliche Bedeutung wieder zu steigern. Die Versuche sind auch erfolgreich gewesen. Nach dem bekannten Verfahren von Bergius wird Kohle unter Anwendung von hohem Druck und unter Wärmezufuhr Wasserstoffgas beigebracht. Die Bestandteile der Kohle gehen dabei chemisch andere Verbindungen ein, die alle flüssig sind, und — was natürlich wichtig ist — auch brennbar. Einer dieser Stoffe ist zum Beispiel Benzin, das sonst nur durch Trennung aus Ergöl gewonnen wird.

Die Bezeichnung „Verflüssigung“ der Kohle ist also nicht ganz richtig; denn die Kohle wird ja nicht einfach

# Judenpogrome Berliner Nazistudenten.

Der sogenannte „Nationalsozialistische Studentenbund“ veranstaltete am Dienstag vormittag auf dem Hegelplatz vor der Berliner Universität eine Protestkundgebung gegen den Reichskommissar Kähler und den Breslauer Professor Cohn, der anscheinend auch nach seiner restlosen Unterwerfung keine Gnade vor diesen „Studenten“ findet. Nach der Kundgebung sangen die Nazis antisemitische Hetzklieder im Vestibül der Universität und ließen Sprechchöre in Aktion treten, die unter anderem brüllten: „Holt die Juden aus den Hörsälen, Deutschland erwache, schlägt die Juden tot, wir fordern, daß kein Jude eine deutsche Hochschule besuchen darf.“ Anschließend fielen sie über jüdische und jüdisch aussehende Studenten her, die sie ungehindert von der vor (!) der Universität in Bereitschaft stehenden Polizei verprügelten. Im Erfrischungsraum wurde mit Stuhlbeinen zugeschlagen; einige Studenten, darunter ein „Reichsbanner“-Mann, und ein Servierfräulein wurden verletzt. Durch das

Eingreifen von „Reichsbanner“-Studenten gelang es, drei der Nationalsozialisten verhaften zu lassen.

Anscheinend sind diese Pogrome an der Berliner Universität die ersten Früchte der in den letzten Tagen von der nationalsozialistischen Presse, insbesondere auch von „Dr.“ Goebbels, in verstärktem Maße betriebenen Judenhetze. Die jüdischen Studierenden werden nach derartigen Vorfällen, wobei ihnen von behördlicher Seite meist jeder Schutz versagt wird, die Notwendigkeit der Organisation zur Selbstverteidigung einsehen. Je breiter und einheitlicher diese antifaschistische Abwehrfront, desto größer ihr Erfolg!

Wichtig bleibt auch die Feststellung der Polizeibeamten, die ruhig zusahen, wie wirkliche Studenten von dem akademischen Lumpenproletariat verprügelt werden. Solche Beamte müssen rücksichtslos angezeigt werden. Dann erinnert vielleicht die Angst sie an ihre Pflicht.

## Rote Fahnen auf Rathäusern.

Die nationalsozialistische thüringische Regierung hat den Erlaß aufgehoben, nach dem die Gemeindehäuser nur Gemeinde-, Reichs- oder Landesflaggen tragen durften. Demzufolge wurden in Gemeinden mit Nazimehrheiten auf den Rathäusern Hakenkreuzfahnen aufgezogen. Als Gegenmaßnahme beschloß die kommunalpolitische Konferenz der SPD, daß sofort auf den Rathäusern aller Gemeinden mit sozialdemokratischer oder proletarischer (!) Mehrheit das rote Sturmbanner aufgezogen werden solle. Auch ein — wenn zunächst auch rein äußerlicher — Schritt zur proletarischen Einheitsfront!

## Schwarz-weiß-rot-braun.

Am Dienstag nachmittag fand in Berlin eine längere Besprechung zwischen Hitler und Hugenberg statt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird strengstes Stillschweigen bewahrt.

## Die schwarz-weiß-rote Friedenstaube.

Im Kriege 1870/71 geschah es, daß ein Fähnrich des 2. Bataillons des 3. Garderegiments mit seiner Fahne auf dem Schlachtfelde von St. Leonard begraben wurde, und im Jahre 1920 geschah es, daß jene Fahne auf dem vermoderten Körper des Soldaten entdeckt und in den Invalidendom nach Paris gebracht wurde. Nun trifft es sich so, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg einstmals in jenem 3. Garderegiment gedient hat und es ihn danach verlangt, jene Fahne wiederzubekommen (obwohl es doch eigentlich im „Stahlhelm“ und Kyffhäuserbund genügend schwarz-weiß-rote Fahnen gibt). Die Landesvereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer in Frankreich möchte dem Herrn Generalfeldmarschall-Reichspräsidenten jedoch seinen Wunsch erfüllen und wird demnächst an Paul-Boncour herantreten, um die Herausgabe jener Fahne zu erwirken. Die Vereinigung beabsichtigt dann, eine Delegation mit dem schwarz-weiß-roten Wertschild nach Berlin zu entsenden, um für zum Zeichen des Wunsches französischer Kriegsteilnehmer nach Verständigung dem Reichspräsidenten zu übergeben.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Bremen:** Mittwoch, 25. Januar, 20.15 Uhr, Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82, I. Thema: Weltkrieg droht! — Kriegsgegner an die Abwehrfront!

**Essen:** Freitag, 20. Januar, 20 Uhr, Wirtschaft Kulbrock, Beuststr. 49. Thema: Die Kriegsgefahr wächst — Arbeiter an die Abwehrfront! Rednerin: Eva Lewinski.

**Göttingen:** Freitag, 20. Januar, 20.15 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Die innen- und außenpolitische Lage.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Fließbühler 29/20

Aenderung des Reichsbeamtengesetzes bestimmt, daß das Reichsbeamtenverhältnis auf keinem anderen Weg begründet werden kann als durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde mit genau vorgeschriebenem Wortlaut.

Ein vom Haushaltsausschuß dem Reichstag vorgelegter Bericht über die Reichshaushaltsrechnung 1930 schlägt vor, vorbehaltlich der späteren Beschlußfassung über die Bemerkungen des Rechnungshofes die Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßigen Ausgaben dieses Haushaltsjahres zu genehmigen, soweit es der Ausschuß nicht wegen Verletzung von Vorschriften der Reichshaushaltsordnung abgelehnt hat, die Erteilung der Genehmigung zu beantragen.

Es handelt sich bei diesen „überplanmäßigen Ausgaben“ in erster Linie um 500 000 Mark, die „zur Aufklärung der Bevölkerung über die Absichten und Ziele der Reichsregierung“ verwandt wurden, also wohl um Gelder zur Bestechung der käuflichen Presse oder zur Führung von Wahlkämpfen im Interesse der Regierung.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages nahm am Dienstag in abgeänderter Fassung einen Antrag der Bayerischen Volkspartei an, wonach als zuzuschuldenige Instandsetzung Wohnungsteilungen und Umbauten nur bei denjenigen Hausbesitzern anerkannt und behandelt werden dürfen, die die betreffende Arbeit solchen Gewerbetreibenden übertragen, die Mitglieder bei einer Berufsgenossenschaft sind, nicht gleichzeitig in einem Arbeitsverhältnis stehen und schließlich ihren Arbeitern den Tariflohn zahlen.

## Untersuchungsausschuß über Personalpolitik.

Der auf sozialdemokratischen Antrag zur Nachprüfung der Personalpolitik der Reichskommissare eingesetzte Untersuchungsausschuß des preußischen Landtags hielt am Dienstag abend seine erste Sitzung ab. Vorsitzender des Ausschusses wurde der Kommunist Schwenk, Berichterstatter der Sozialdemokrat Buber und Gegenberichterstatter der Nazi Rosenhagen. Der Ausschuß beschloß, vom Staatsministerium die Akten anzufordern, die sich auf die Personalveränderungen nach dem 20. Juli 1932 beziehen.

Der Ältestenrat des preußischen Landtages trat am Dienstag nachmittag vor der Vollsitzung zusammen, um sich mit der Geschäftslage zu befassen und den Beratungsplan für die nächsten Tage festzulegen. Es wurde beschlossen, am Mittwoch eine Aussprache über Schulfragen zu beginnen, von der voraussichtlich auch noch die Donnerstagssitzung ausgefüllt sein wird.

Am Donnerstag wird der Ältestenrat noch einmal zusammentreten, um die Tagesordnung für die Freitagssitzung zu bestimmen. Am Freitag wird sich der Landtag dann bis zum 15. Februar vertagen.

Der Preußische Staatsrat hielt am Dienstag abend seine erste Sitzung im neuen Jahre ab. Die Rundverfügungen des Justizministers über Vereinfachung in der Behandlung der Aufsichtsbeschwerden und über Einschränkung der Berichtserstattung in Strafsachen wurden durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Auf der Tagesordnung der Mittwochsitzung steht die Wahl des Vorstandes des Preußischen Staatsrats.

flüssig gemacht, sondern chemisch in Stoffe verwandelt, die flüssig sind. Jetzt wird gemeldet, daß es einem anderen Chemiker, Kompas, gelungen sei, auch Torf auf ähnliche Art zu „verflüssigen“.

## Katapult-Flugdienst der Deutschen Lufthansa.

Auf den beiden großen Uebersee-Dampfern „Europa“ und „Bremen“ hat man Einrichtungen angebracht, um Flugzeuge starten zu lassen, die dann, wenn die Dampfer etwa 1000 km vor dem Ziel sind, „abgeschossen“ werden, um dem Dampfer vorauszufliegen. Die Zeitersparnis beträgt etwa 1 bis 2 Tage. Auf den beiden Schiffen ist ein großes Gerüst aus Eisenträgern angebracht, auf dem auf Schienen ein sogenannter Schlitten läuft. Auf diesen Schlitten wird das abzuschließende Flugzeug aufgesetzt. Der Schlitten wird mit Hilfe der Federkraft gepreßter Luft mit großer Geschwindigkeit vorwärtsgestoßen und erteilt dabei dem Flugzeug die nötige Anfangsgeschwindigkeit, damit es sich in die Luft erheben kann.

Da hier gewissermaßen etwas abgeschossen wird ohne Zuhilfenahme von Pulverkraft, so spricht man von einem „Katapult“-Start. Ein Katapult ist eine Kriegsmaschine des Altortums, die mit Hilfe der Federkraft gedrückter Taue schwere Steine in die gegnerischen Reihen schleuderte.

Die Deutsche Luft-Hansa meldet jetzt, daß sie ihren für 1932 vorgesehenen Katapult-Postflugdienst beendet hat. Insgesamt sind 36 Abschüsse erfolgt, je 18 nach Europa und Amerika. Die Katapult-Flüge brachten für die Postbeförderung nach Deutschland einen durchschnittlichen Zeitgewinn von 45 Stunden und für New York einen solchen von 22 Stunden. Rechnet man noch den Nachbringer-Flugdienst Berlin-Cherbourg hinzu, so ergibt sich auch für die Richtung nach New York eine Zeitersparnis von 46 Stunden. Ein einziger Flug nur konnte nicht planmäßig durchgeführt werden.

## Igloo.

So heißen die Schneehütten im hohen Alaska, der Heimat der Eskimos. Dieses Land zeigt uns Edwin Scotts Film „Iglu“. Er führt uns mitten hinein in den wilden Daseinskampf dieses Volkes. Hart ist das Leben in Schnee und Eis, besonders hart, wenn der Schneesturm über die Schneehütten hinfährt und der Hunger heftiger und nagender wird. Hart ist auch das Recht, das auf solchem Boden wächst. Der erste Kampf um die Nahrung gestattet keine Rücksicht auf Kranke und Alte. Die Jagt auf Robben und Walfische, die die einzige Nahrungsmöglichkeit für die Eskimos bilden, empfinden wir nicht als Grausamkeit. Sie hat nichts gemein mit den von norwegischen Fischereifirmen organisierten Walfischjagden. (Es wäre Aufgabe der in freundlicheren Landstrichen wohnenden Völker, die Eskimos mit vegetarischen Lebensmitteln zu versorgen, so daß sie nicht zur Tötung von Tieren genötigt wären.)

Das Tier ist für die Eskimos ein dem Menschen gleichberechtigtes Wesen. Mit welcher Sorgfalt und welcher Achtung begegnen sie ihrem einzigen Lebensgefährten, dem Hund!

In Bildern, bewegt von gewaltiger Schönheit und durchdrungen von unmittelbarem Leben, das uns nun der Film zeigen kann, rollt ein kleiner Ausschnitt von dem Daseinskampf eines Volkes im hohen Norden vor uns ab. Zu bedauern ist bei dieser sonst sauberen, klaren Arbeit, daß der Regisseur es nicht bei einer dokumentarischen Darstellung des Eskimolebens bewenden ließ, sondern daß er eine rührende Spielhandlung eingeflochten hat, die die Wirkung des Films abschwächt.

Man hat bis jetzt erst in sehr wenigen Fällen erkannt, daß der Film, und gerade der Kulturfilm, keine Spielhandlung erfordert, daß die Kamera unmittelbarer Ausdruck menschlichen Lebens sein kann, wenn man sie ihre eigene, ihre Filmsprache sprechen läßt.

A. Kl.

